

Magazin

erwachsenenbildung.at



Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

<https://erwachsenenbildung.at/magazin>

Politische Erwachsenenbildung in der Krise? Eine Reflexion

Michael Görtler und Charlotte Palatzky

In der Ausgabe 46, 2022:
„Corona, Demokratie und politische Bildung.
Ansatzpunkte, Deutungen, Zugänge“



Politische Erwachsenenbildung in der Krise? Eine Reflexion

Michael Görtler und Charlotte Palatzky

Zitation Görtler, Michael/Palatzky, Charlotte (2022): Politische Erwachsenenbildung in der Krise? Eine Reflexion. In: Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs. Ausgabe 46, 2022. Online: <https://erwachsenenbildung.at/magazin/ausgabe-46>.

Schlagnworte: Repräsentationskrise, Krise der Demokratie, politische Erwachsenenbildung, politische Bildung



Abstract

Im Verlauf der Covid-19-Pandemie war in Gesellschaft, Politik und Wissenschaft immer wieder von einer „Krise der Demokratie“ die Rede. Diese „Krise der Demokratie“ ist auch eine „Krise der Repräsentation“: Reale Politik wird hinter verschlossenen Türen gemacht – und das im Eiltempo –, die Mehrheit der Bürger*innen spielt eine passive Rolle. Politische Erwachsenenbildung hat die Aufgabe, diese Krise zu diskutieren. Allerdings befindet sie sich selbst schon seit längerem in einer Krise: In ihrer Heterogenität fehlt ihr eine Standortbestimmung, die Übergänge zur non-formalen Bildung und schulischen politischen Bildung, aber auch zu anderen Professionen sind fließend. Darüber hinaus gibt es noch kein einheitliches Profil hinsichtlich Professionalität in der politischen Erwachsenenbildung, kein einheitliches Berufsbild, keine einheitliche Aus-, Fort- oder Weiterbildung und auch keine einheitliche Didaktik. Nicht zuletzt fehlt es an stetiger Finanzierung politischer Bildung und die Teilnahmequoten liegen deutlich hinter anderen Weiterbildungsbereichen zurück. An Ansatzpunkten zur Krisenbewältigung fehlt es also nicht. (Red.)

Politische Erwachsenenbildung in der Krise? Eine Reflexion

Michael Görtler und Charlotte Palatzky

Der Begriff der Krise nimmt momentan in den Diskursen von Gesellschaft und Politik, aber auch in der Wissenschaft viel Raum ein. Dabei ist nicht nur von der sog. Corona-Krise, sondern auch von einer „Krise der Demokratie“ die Rede, die sich in unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Phänomenen, wie etwa dem Populismus, niederschlägt (siehe Hentges 2020).

Das Magazin erwachsenenbildung.at stellt in dieser Ausgabe den Begriff der Krise, den Zustand der Demokratie und – damit in enger Verbindung – die Aufgaben der politischen Erwachsenenbildung ins Zentrum der Betrachtung. Zu diesen Aufgaben gehört die kritische Reflexion von Demokratie und politischer Erwachsenenbildung in der Krise. Dabei bietet eine Krise an sich als *„über einen gewissen (längeren) Zeitraum anhaltende massive Störung des gesellschaftlichen, politischen oder wirtschaftlichen Systems“* (Schubert/Klein 2020 zit.n. Bundeszentrale für politische Bildung o.J., o.S.) immer auch *„die Chance zur (aktiv zu suchenden qualitativen) Verbesserung“* (ebd.).

Vor diesem Hintergrund wird vorliegend die These vertreten, dass die politische Erwachsenenbildung von einer noch näher zu bestimmenden Krise betroffen ist: zum einen, weil in Gesellschaft, Politik und Wissenschaft über den Status der Demokratie diskutiert wird, zum anderen, weil auch in der politischen Erwachsenenbildung selbst schon seit längerem Krisensymptome zu erkennen sind, die im Zuge der aktuellen Entwicklungen noch deutlicher zu Tage treten.

Die Krise als Herausforderung der Demokratie

Im Kontext der Covid-19-Pandemie werden sog. Krisendiagnosen der Demokratie in Gesellschaft, Politik und Wissenschaft diskutiert (siehe Bundeszentrale für politische Bildung 2021). Was aber ist mit diesem begrifflichen Konstrukt gemeint?

Eine mögliche Interpretation besteht in der Diagnose einer Krise der Repräsentation, die als demokratisches Grundprinzip gilt. Dabei kann der Begriff der Repräsentation auf spezifische Bereiche angewendet werden (vgl. Schäfer/Zürn 2021, S. 96-101), beispielsweise auf das Verhältnis zwischen Bürger*innen und der Politik, das für die politische Erwachsenenbildung von besonderem Interesse ist, insbesondere mit Blick auf die Partizipation.

Die Krise der Demokratie als Repräsentationskrise

Colin Crouch machte im Kontext seiner Zustandsbeschreibung der „Postdemokratie“ auf das eben beschriebene Verhältnis aufmerksam: So werde die

„reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten“ (Crouch 2008, S. 10). Die „Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle“ (ebd.). Armin Schäfer und Michael Zürn stellen in einer jüngeren Analyse Tendenzen einer demokratischen Regression fest: „Zum einen geht es um die zunehmende Distanz der demokratischen Praxis vom Ideal der kollektiven Selbstbestimmung, weil Entscheidungen in nicht durch Wahlen legitimierte und kaum durch die Bürgerinnen kontrollierte Gremien verlagert werden. Zum anderen beinhaltet die demokratische Regression in unserem Verständnis die Abwendung von (Teilen der) Bürgerinnen von der Demokratie, weil sie sich nicht länger repräsentiert fühlen“ (Schäfer/Zürn 2021, S. 11). Diese „doppelte Entfremdung“ (ebd.) laufe dem demokratischen Grundprinzip der Repräsentation – und damit verbunden dem Versprechen demokratisch legitimierter Entscheidungen – diametral entgegen.

Der eben beschriebene Mangel an Repräsentation der Bürger*innen durch die Politik, beispielsweise bei der Entscheidungsfindung, übersetzt sich in die Wahrnehmung der Bürger*innen, sich tendenziell weniger repräsentiert zu fühlen, was wiederum einen zweiten Repräsentationsmangel bedingen kann – nämlich die Tendenz, sich weniger konventionell und legal politisch zu beteiligen, so dass sich Phänomene wie der Populismus als Symptome dieser krisenhaften Entwicklung betrachten lassen (vgl. Schäfer/Zürn 2021, S. 7-23).

Diese Situation scheint sich während der Covid-19-Pandemie weiter verschärft zu haben. Ein Beispiel dafür sind die Kontaktbeschränkungen, welche die Bedingungen der Partizipation für Bürger*innen weiter verschlechterten (z.B. Reglementierungen bei größeren Versammlungen, aber auch kleineren Zusammenkünften). Auch die politischen Bildungsangebote selbst, die zu eben jener Partizipation befähigen sollten, konnten nicht oder nur unter strengen Auflagen von den Bildungseinrichtungen realisiert und von ihren Adressat*innen wahrgenommen werden. Welche mittel- und langfristigen Auswirkungen diese partizipativen Einschränkungen künftig noch haben werden, bleibt abzuwarten.

Die Krise der Repräsentation als Beschleunigungs- und Resonanzkrise

Die Ursachen dieser Repräsentationskrise werden aus verschiedenen Perspektiven debattiert. Eine mögliche Interpretation kann aus einer temporaltheoretischen Perspektive erfolgen, wobei die Demokratie als ein Prozess verstanden wird, der Zeit braucht, wie etwa für die Meinungs- und Willensbildung (siehe Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik 2013). Dabei gilt mit Blick auf die Repräsentation weniger die Schnelligkeit als die Langsamkeit als Garant für die Legitimation von Entscheidungen (siehe ebd.).

In den letzten Jahren ist jedoch eine Tendenz zur Beschleunigung von Gesetzgebungsverfahren beobachtbar, die während der Covid-19-Pandemie nicht mehr zu übersehen war (z.B. das deutsche Infektionsschutzgesetz, das im Eiltempo novelliert wurde) – nicht zuletzt aufgrund der Notwendigkeit, so zügig wie nur irgend möglich zu agieren. Dies führte zu einer Verlagerung der Rechtsetzungskompetenzen von der Legislative zur Exekutive (z.B. Regieren durch Verordnungen), die in einer Krise schneller – aber deshalb nicht zwingend besser – agieren könne (siehe Marschall 2020). Dass sich unter Krisenbedingungen getroffene Entscheidungen in der Retrospektive nicht selten als falsch oder mangelhaft bewerten lassen, hängt also nicht zuletzt mit den zeitlichen Ressourcen, die dafür aufgewendet werden konnten, zusammen, denn genauso wie die Demokratie braucht auch ein gutes Gesetz Zeit, an der es gerade in der Covid-19-Krise mangelte (siehe Schwerdtfeger 2020).

In diesem Kontext ist die temporaltheoretische Perspektive des Sozialwissenschaftlers Hartmut Rosa, dessen Theorien im Fachdiskurs breit rezipiert werden (siehe Ketterer/Becker 2019), anschlussfähig.

Rosa verweist in seiner „Theorie der sozialen Beschleunigung“ (siehe Rosa 2005) darauf, dass in der Demokratie nicht nur zwischen Bürger*innen und der Politik eine Synchronisation (im Sinne eines Zustands der zeitlichen Kongruenz) zu erfolgen habe, sondern auch zwischen der Politik und ihrer Umwelt, wie etwa der Wirtschaft und der Medien, die bekanntlich in einem deutlich höheren Tempo arbeiten (siehe Mückenberger 2014). Beschleunige

sich die Umwelt der Politik, müsse auch die Politik ihr Tempo erhöhen, stoße dabei aber irgendwann an ihre Grenzen, weil sich demokratische Prozesse, wie Deliberation und Partizipation, eben nicht ins Unendliche beschleunigen ließen (siehe Rosa 2005). Die Folge sei eine Desynchronisation (im Sinne eines Zustands der zeitlichen Inkongruenz), so dass die Politik situativ agiere, also weniger die Gesellschaft gestalte, als auf Einflüsse von außen reagiere (vgl. ebd., S. 391-427). In seiner „Theorie der Resonanz“ (2019a) geht Rosa weiter davon aus, dass die Beziehungsverhältnisse zwischen Subjekten und deren Umwelt – also z.B. auch zwischen Bürger*innen und der Politik – in der (Spät-)Moderne von Entfremdung geprägt seien, weil es an Resonanz mangle (vgl. ebd., S. 362-380). Er setzt damit einem entfremdeten Beziehungsgeschehen (im Sinne einer Schließung oder Verletzung) ein resonantes Beziehungsgeschehen (im Sinne eines Hörens und Antwortens) entgegen (vgl. ebd., S. 298-316). Damit lässt sich das „Versprechen“ (Rosa 2019b, S. 160) der Demokratie nach Rosa auf ein Resonanzgeschehen zurückführen, das so gestaltet ist, dass „jede*r eine Stimme haben soll, die er oder sie hörbar machen und einbringen kann“ (ebd.), und dass diese Stimme auch „Wirksamkeit“ (ebd.) entfalten kann. Da der Prozess der Resonanz – wie auch die Demokratie selbst – Zeit braucht und nicht einfach verfügbar gemacht werden kann, plädiert Rosa für mehr Zeiträume, um die dafür notwendige Synchronisation zu ermöglichen (vgl. ebd., S. 182).

Aus der eben beschriebenen Perspektive lassen sich die entfremdeten Verhältnisse in der Demokratie als Konsequenz eines Beziehungsgeschehens zwischen Bürger*innen (Schlagwort: Politikferne) und der Politik sowie zwischen den Bürger*innen selbst interpretieren (Schlagwort: Gesellschaftsspaltung), das „blockiert“ (ebd., S. 176) oder „gestört“ (ebd.) ist. So führen Schäfer und Zürn populistische Protestwellen in der Bevölkerung auf den Mangel von Repräsentation und damit auch Offenheit (Gehör finden) und Responsivität (Antwort erhalten) zurück (vgl. Schäfer/Zürn 2021, S. 197f.).

Für die politische Erwachsenenbildung stellen sich diese Herausforderungen als komplex dar, weil sie sich außerhalb ihres direkten Wirkungsbereichs befinden. So verfügt die Politik über die Kompetenz zur Gestaltung der Gesellschaft, während die

politische Erwachsenenbildung zur Aufgabe hat, die Adressat*innen dazu zu befähigen, politisch urteilen und handeln zu können. Dass dies unter den gegebenen Bedingungen jedoch alles andere als eine leichte Aufgabe ist, sollen die folgenden Ausführungen zeigen, welche den Fokus auf die grundständigen Herausforderungen in der politischen Erwachsenenbildung selbst richten.

Die Krise der politischen Erwachsenenbildung

Der Begriff der Krise wird auch in der politischen Erwachsenenbildung selbst diskutiert, beispielsweise aus der Perspektive einer kritischen Erwachsenenbildung bzw. politischen Bildung, wie sie in den letzten Jahren (wieder verstärkt) verhandelt wurde (siehe Kritische Erwachsenenbildung 2019; Frankfurter Erklärung 2015). Zu den Zielen einer solchen kritischen (politischen) Erwachsenenbildung gehören unter anderem – voraussetzungsreiche, weil zeitintensive – Prozesse, wie etwa die Bildung und Emanzipation des Subjekts oder die Förderung eines kritischen Bewusstseins sowie der Urteils- und Handlungsfähigkeit (siehe Schreiber-Barsch et al. 2020; Pongratz 2010). Nach Fritz Reheis hat politische Bildung per se den „kritischen Anspruch“ (Reheis 2014, S. 9), die gegebenen Bedingungen, welche das Einlösen dieses Anspruchs fördern oder behindern, zu reflektieren.

Eine empirische Erfassung der Bedingungen der politischen Erwachsenenbildung ist zwar ein Desiderat, aus der Analyse des Fachdiskurses ergibt sich aber, dass Krisensymptome, die im Zuge der aktuellen Entwicklungen deutlicher zu Tage traten, seit längerem Gegenstand von Veröffentlichungen, Positionspapieren und Stellungnahmen aus der politischen Erwachsenenbildung sind, wie im Folgenden gezeigt werden soll.

Vor diesem Hintergrund lassen sich Parallelen zwischen Österreich und Deutschland ziehen, da „die fehlende öffentliche Anerkennung und die mangelnde finanzielle Förderung“ (Gürses/Luksik 2019, S. 22), aber auch die Standortbestimmung – wobei eine zentrale Frage lautet: Was „darf“ (ebd.) Politische Bildung? – in beiden Ländern schon eine ganze Weile eine Herausforderung der politischen Erwachsenenbildung darstellen.

Standortbestimmung

Aufgrund der Heterogenität der politischen Erwachsenenbildung, die aus der Vielfalt an Trägern, Bildungseinrichtungen, Bildungsangeboten, Teilnehmenden usw. resultiert, konnte sich sowohl in Deutschland als auch in Österreich bisher kein einheitliches Selbstverständnis ausprägen (siehe Grotlüschen et al. 2018; Hufer 2016; Baumgartner/Gürses 2015). So dauert die Standortbestimmung der politischen Erwachsenenbildung weiter an, nicht zuletzt aufgrund von fließenden Übergängen zur non-formalen Bildung und zur schulischen politischen Bildung, aber auch zu anderen Professionen, wie etwa der Sozialen Arbeit (siehe Metzger 2011; Miller 2003). Beispielsweise gibt es in Deutschland eine Überlappung der Praxisfelder der (politischen) Erwachsenenbildung und der Sozialen Arbeit mit Erwachsenen (siehe Transfer für Bildung 2021a), in der sich non-formale, aber auch informelle Bildungsprozesse vollziehen, die bisher kaum erfasst sind. Zur Debatte stehen unter anderem die Fremdzuschreibungen (z.B. die sog. Feuerwehrfunktion für die Demokratie) und Selbstverortungen der politischen Bildung (z.B. zwischen sozialer, politischer und demokratischer Bildung, zwischen Lebenswelt, Sozialraum, Politik, zwischen dem Politischen und Sozialen, zwischen Neutralität und Kontroversität) (siehe DVPB 2020). Weiter wird die politische Bildung in Deutschland seit vielen Jahren zwischen Politisierung, Partizipation und politischem Lernen (siehe Bremer et al. 2013) diskutiert, um die Frage nach ihren Aufgaben zu beantworten.

Professionelles Handeln

Diskutiert wird auch das Verständnis von professionellem Handeln in der politischen Erwachsenenbildung. Anschlussfähig sind die Diskurse um Profession und Professionalität in Pädagogik und Erwachsenenbildung (siehe Helsper 2021), aber auch der politischen Bildung selbst (siehe Hufer et al. 2013). So befindet sich die politische Erwachsenenbildung zwar in einem Prozess der Professionalisierung, in dem auch der Begriff der Professionalität untersucht wird (siehe Scheidig 2017), ein einheitliches Profil ist aber noch nicht zu erkennen. Dieser Umstand spiegelt sich auf mehreren Ebenen wider. Zum einen gibt es bislang weder ein einheitliches Berufsbild noch eine einheitliche Aus-, Fort- oder

Weiterbildung, die zu dieser Tätigkeit qualifiziert. Zum anderen gibt es keine einheitliche Didaktik der (politischen) Erwachsenenbildung, sondern didaktische Ansätze, Prinzipien und Methoden, die zum Repertoire von Erwachsenenbildung, politischer Bildung und Pädagogik gehören und auf die bei Bedarf zurückgegriffen werden kann (siehe Siebert 2016). Diese Situation ist nicht zuletzt der – insbesondere im Vergleich zur schulischen politischen Bildung – geringen Anzahl an Forschungsinstitutionen zur politischen Erwachsenenbildung geschuldet (siehe Transfer für Bildung 2021b). Vor diesem Hintergrund muss die Forschung zur politischen Erwachsenenbildung auf- und ausgebaut werden, um professionelle und didaktische Konzepte zu entwickeln, um mit den aktuellen Entwicklungen umgehen zu können (vgl. GPJE 2021).

Finanzierung

Eine alte Forderung, die nichts an Aktualität eingebüßt hat, lautet: Demokratie braucht politische Bildung und daher muss politische Bildung auch stetig finanziert werden (siehe DVPB 2014; IGPB 2012; ÖGPB o.J.). Im Zuge der fortschreitenden Ökonomisierung der Gesellschaft und damit auch des Bildungssystems verschärft sich der Wettbewerb jedoch. Diese Situation stellt die Träger und Bildungseinrichtungen vor die schwierige Aufgabe, hochwertige Bildungsangebote trotz knapper Ressourcen zu schaffen. Erstens, weil viele Bildungsangebote nicht permanent, sondern nur temporär finanziert werden. So haben beispielsweise Projekte, Seminare oder Veranstaltungen nur eine begrenzte Laufzeit oder die Mittel dafür werden nicht dauerhaft vergeben, sondern müssen immer wieder neu eingeworben werden. Dies hat zur Folge, dass es keine oder nur eine eingeschränkte Planungssicherheit für die Träger und Bildungseinrichtungen gibt. Zweitens, weil Träger und Bildungseinrichtungen bzw. deren Bildungsangebote in der Regel staatlich (teil-)finanziert werden, wobei den Programmen eine bestimmte Intention eingeschrieben ist (z.B. Förderung von Demokratie und Partizipation, Prävention gegen Extremismus und Radikalisierung). Für politische Erwachsenenbildner*innen geht es dabei darum, wie abhängig oder unabhängig sie von den Vorgaben der Kostenträger agieren können. Dieser Umstand wird vor allem dann problematisch, wenn es um Bildungsangebote geht, die kritisch an

die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse herantreten.

Eine Herausforderung besteht in diesem Zusammenhang nicht zuletzt auch darin, dass die Grenzen zwischen kritischer und ökonomisierter Erwachsenenbildung und Weiterbildung verschwimmen, weil Schlagworte wie Humankapital, Lebenslanges Lernen oder Schlüsselkompetenzen Einzug in alle Bildungsbereiche erhielten und damit die Bedeutung des Bildungsbegriffs in Frage stellten (siehe Dörpinghaus/Uphoff 2012).

Teilnehmende

Die Faktenlage zu den Teilnehmenden in der politischen Erwachsenenbildung ist – sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht – dünn. So zeigen Statistiken, beispielsweise zur Weiterbildungsbeteiligung, Anzahl der Teilnehmer*innen an Veranstaltungen von Einrichtungen der Erwachsenenbildung, zur Anzahl der Kursteilnehmer*innen an den Volkshochschulen usw. (vgl. die aktuellen Statistiken zur Erwachsenenbildung/Weiterbildung von DESTATIS oder STAT; Horn/Lux/Christ 2021; Huntemann et al. 2021), dass die politische Erwachsenenbildung im Vergleich zu anderen Bereichen der Erwachsenenbildung, insbesondere zur beruflichen Weiterbildung, deutlich zurückliegt. Dabei stellt auch die Teilnehmendenstruktur selbst eine Herausforderung dar: Die politische Erwachsenenbildung wird einerseits mit einer tendenziell heterogenen Struktur konfrontiert, weil die Teilnehmenden aufgrund ihres individuellen Sozialisationsprozesses einen unterschiedlichen Wissens- und Erfahrungsschatz, aber auch verschiedene Erwartungen und Vorstellungen mitbringen; andererseits mit einer tendenziell homogenen Struktur, weil – wie beispielsweise die Bildungsbeteiligungsforschung zeigt – die Teilnahmequote (auch) von sozialstrukturellen und sozioökonomischen Eigenschaften abhängt. Vor diesem Hintergrund muss zwischen Adressat*innen, an die sich politische Bildungsangebote richten, und Teilnehmenden, welche davon tatsächlich erreicht werden (z.B. einen Zugang dazu haben und diesen auch nutzen), eine Unterscheidung getroffen werden, wenn es um die Frage geht, welche Reichweite die politische Erwachsenenbildung erzielt bzw. unter den gegebenen Bedingungen erzielen kann.

Fazit

Aus den bisherigen Ausführungen lässt sich schlussfolgern, dass politische Erwachsenenbildung wohl schon immer unter schwierigen – und aufgrund der aktuellen Entwicklungen zusätzlich erschwerten – Bedingungen geleistet werden musste und muss. Dabei ist sie von den gesellschaftlich und politisch bedingten Verhältnissen, die in der Demokratie herrschen, mehrfach betroffen, weil sie diese einerseits zum Gegenstand des politischen Lernens machen soll und sie ihr andererseits zugleich als ermöglichende und begrenzende Faktoren gegenüberstehen. So wird nicht zuletzt ein Widerspruch zwischen Fremdanspruch (sog. Feuerwehrfunktion für die Demokratie), Selbstanspruch (als kritische politisch-bildende Praxis) und Wirklichkeit (schwierige bzw. erschwerte Bedingungen) sichtbar, der in Publikationen, Positionspapieren und Stellungnahmen problematisiert wird.

Daraus folgt, dass der Fokus nicht nur auf die Demokratie, sondern auch auf die gegebenen grundständigen Bedingungen der politischen Erwachsenenbildung zu richten ist, um die Herausforderungen, aber auch Widersprüche in der Praxis in den Blick zu nehmen. Das bedeutet auch, eine realistische(-re) Sicht zwischen den formulierten Ansprüchen und der Praxiswirklichkeit einzunehmen – nicht zuletzt, weil sich viele offene Fragen (z.B. Umgang mit diesen komplexen Herausforderungen der Demokratie, Umgang mit Unsicherheit in der politischen Erwachsenenbildung selbst), aber (bisher) wenig Antworten darauf herausarbeiten lassen. Der Diskurs zu Chancen und Grenzen der politischen Erwachsenenbildung muss sich, abseits bildungspolitisch motivierter Zuschreibungen (z.B. so benannte bildungsferne oder desinteressierte Bürger*innen), den realen Begebenheiten stellen, insbesondere der Tatsache, dass es Bürger*innen gibt, welche in ihre Selbstwirksamkeit und die Responsivität der Politik nicht (mehr) vertrauen. Vor diesem Hintergrund kann die politische Erwachsenenbildung Orte der Bildung im Sinne von Zeiträumen der Verzögerung (siehe Dörpinghaus/Uphoff 2012) schaffen und zum kritischen Urteilen und Handeln sowie zum Auf- und Ausbau von Resonanzbeziehungen (siehe Rosa 2019a u. 2019b) anregen. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die politische Erwachsenenbildung aus

gesellschaftlich, politisch, aber auch individuell bedingten Gründen eine begrenzte Reichweite hat und daher die ihr zugeschriebene Funktion nur

schwerlich erfüllen kann – und mit Blick auf die kritische Reflexion der Rahmenbedingungen erfüllen will.

Literatur

- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2021):** Zustand der Demokratie. APuZ, 26-27/2021. Online: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/zustand-der-demokratie-2021/> [Stand: 2022-06-05].
- Bundeszentrale für politische Bildung (o.J.):** Das Politiklexikon. Krise. Online: <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/17759/krise> [Stand: 2022-06-05].
- Baumgartner, Rahel/Gürses, Hakan (Hrsg.) (2015):** Im Blickwinkel: Politische Erwachsenenbildung in Österreich. Schwalbach/Ts.: Wochenschau.
- Bremer, Helmut/Kleemann-Göhring, Mark/Teiwes-Kügler, Christel/Trumann, Jana (2013):** Politische Bildung zwischen Politisierung, Partizipation und politischem Lernen. Weinheim: Beltz.
- Christ, Johannes/Horn, Heike/Lux, Thomas (2020):** Weiterbildungsstatistik im Verbund: Ergebnisse für das Berichtsjahr 2018. Bielefeld: wbv.
- Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (Hrsg.) (2013):** Zeitpolitisches Magazin, Jg. 10, Ausgabe 22: Demokratie braucht Zeit. Online: http://zeitpolitik.org/wp-content/uploads/2022/03/zpm_22_0713.pdf [Stand: 2022-06-05].
- Dörpinghaus, Andreas/Uphoff, Ina K. (2012):** Die Abschaffung der Zeit. Wie man Bildung erfolgreich verhindert. Darmstadt: WBG.
- DVPB – Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (2014):** Politische Bildung für die Demokratie. Positionspapier. Online: <https://dvpb.de/positionen/positionspapier/> [Stand: 2022-06-07].
- DVPB – Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (2020):** Politische Bildung für die Demokratie! Positionspapier der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung zum Verhältnis von Politischer Bildung, Demokratiepädagogik und Präventionspädagogik. Online: <https://www.dvpb.de/wp-content/uploads/2020/11/DVPB-Politische-Bildung-fuer-die-Demokratie.pdf> [Stand: 2022-06-07].
- Frankfurter Erklärung (2015):** Frankfurter Erklärung für eine kritisch-emanzipatorische politische Bildung. In: Journal für politische Bildung, H. 4, S. 94-98.
- GPJE – Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (2021):** Politische Bildung in „Corona-Zeiten“ und danach – Probleme und Perspektiven. Stellungnahme des Arbeitskreises Außerschulische politische Jugendbildung und politische Erwachsenenbildung (AJEB) der (GPJE). Online: http://gpje.de/wp-content/uploads/2021/05/GPJE_AJEB_Stellungnahme_Corona_.pdf [Stand: 2022-06-07].
- Grotlüschen, Anke/Schmidt-Lauff, Sabine/Schreiber-Barsch, Silke/Zeuner, Christine (Hrsg.) (2018):** Das Politische in der Erwachsenenbildung, Schwalbach/Ts.: Wochenschau.
- Gürses, Hakan/Luksik, Sonja (2019):** Politische Erwachsenenbildung in Österreich – Historische Entwicklungen und aktuelle Herausforderungen. In: EPALE (Plattform für Erwachsenenbildung in Europa): Politische Erwachsenenbildung in Österreich und Europa. Ziele, Methoden und Zukunftsperspektiven. Wien, S. 22-25.
- Helsper, Werner (2021):** Professionalität und Professionalisierung pädagogischen Handelns: Eine Einführung. Opladen & Toronto: Barbara Budrich.
- Hentges, Gudrun (Hrsg.) (2020):** Krise der Demokratie – Demokratie in der Krise? Gesellschaftsdiagnosen und Herausforderungen für die politische Bildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau.
- Horn, Heike/Lux, Thomas/Christ, Johannes (2021):** Weiterbildungsstatistik im Verbund: Ergebnisse für das Berichtsjahr 2019. Bielefeld: wbv.
- Hufer, Klaus-Peter (2016):** Politische Erwachsenenbildung. Plädoyer für eine vernachlässigte Disziplin. Bielefeld: wbv.
- Hufer, Klaus-Peter/Länge, Theo W./Menke, Barbara/Overwien, Bernd/Schudoma, Laura (Hrsg.) (2013):** Wissen und Können. Wege zum professionellen Handeln in der politischen Bildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau.
- Huntemann, Hella/Lux, Thomas/Echart, Nicolas/Reichart, Elisabeth (2021):** Volkshochschul-Statistik. 58. Folge, Berichtsjahr 2019. Bielefeld: wbv.
- IGPB – Interessengemeinschaft Politische Bildung (2012):** Positionspapier zur außerschulischen politischen Bildung in Österreich. Online: https://igpb.at/wp-content/uploads/igpb_positionspapier_AUSSERSchulisch.pdf [Stand: 2022-06-07].

- Ketterer, Hanna/Becker, Karina (Hrsg.) (2019):** Was stimmt nicht mit der Demokratie? Eine Debatte mit Klaus Dörre, Nancy Fraser, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa. Berlin: Suhrkamp.
- Kritische Erwachsenenbildung (2019):** Manifest für kritische Erwachsenenbildung. Online: <http://kritische-eb.at/wordpress/manifest/> [Stand: 2022-06-07].
- Marschall, Stefan (2020):** Parlamente in der Krise? Der deutsche Parlamentarismus und die Corona-Pandemie. In: APuZ, 38/2020, S. 11-17.
- Metzger, Marius (2011):** Erwachsenenbildung in der sozialen Arbeit. Wiesbaden: VS.
- Miller, Tilly (2003):** Sozialarbeitsorientierte Erwachsenenbildung: Theoretische Begründung und Praxis. München: Luchterhand.
- Mückenberger, Ulrich (2014):** Zeiten der Politik und Zeiten der Medien. In: APuZ, 22-23/2014, S. 3-9.
- ÖGPB – Österreichische Gesellschaft für politische Bildung (o.J.):** Politische Bildungsarbeit in der Erwachsenenbildung. Grundsatzpapier. Online: https://www.politischebildung.at/upload/oegpb_image_folder_2018.pdf [Stand: 2022-06-07].
- Pongratz, Ludwig A. (2010):** Kritische Erwachsenenbildung. Analysen und Anstöße. Wiesbaden: VS.
- Reheis, Fritz (2014):** Politische Bildung. Eine kritische Einführung. Wiesbaden: VS.
- Rosa, Hartmut (2005):** Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne. Berlin: Suhrkamp.
- Rosa, Hartmut (2019a):** Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung. 2. Auflage. Berlin: Suhrkamp.
- Rosa, Hartmut (2019b):** Demokratie und Gemeinwohl: Versuch einer resonanztheoretischen Neubestimmung. In: Ketterer, Hanna/Becker, Karina (Hrsg.) (2019): Was stimmt nicht mit der Demokratie? Eine Debatte mit Klaus Dörre, Nancy Fraser, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa. Berlin: Suhrkamp, S. 160-188.
- Schäfer, Armin/Zürn, Michael (2021):** Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus. Berlin: Suhrkamp.
- Scheidig, Falk (2017):** Professionalität politischer Erwachsenenbildung zwischen Theorie und Praxis. Eine empirische Studie zu wissenschaftsbasierter Lehrtätigkeit. Bad Heilbrunn: Julius Klinkhardt.
- Schreiber-Barsch, Silke/Benz-Gydat, Melanie/Schmidt-Lauff, Sabine/Pabst, Antje/Petersen, Katja/Schmidt, Katja (Hrsg.) (2020):** Erwachsenenbildung als kritische Utopie? Diskussionen um Mündigkeit, Gerechtigkeit und Verantwortung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau.
- Schwerdtfeger, Angela (2020):** Im Eiltempo zum Gesetz – die Pandemie als Taktgeber. Online: <https://www.campuspost.goettingen-campus.de/2020/12/21/im-eiltempo-zum-gesetz-die-pandemie-als-taktgeber/> [Stand: 2022-06-07].
- Siebert, Horst (2016):** Didaktik der Erwachsenenbildung. In: Lange, Dirk/Hufer, Klaus-Peter (Hrsg.): Handbuch Politische Erwachsenenbildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau, S. 354-358.
- Transfer für Bildung (2021a):** Topographie der Praxis. Online: <https://transfer-politische-bildung.de/transfermaterial/topografie-der-praxis/> [Stand: 2022-06-07].
- Transfer für Bildung (2021b):** Forschungslandkarte der politischen Bildung. Online: <https://transfer-politische-bildung.de/transfer-material/forschungslandkarte> [Stand: 2022-06-07].



Foto: K. K.

Prof. Dr. Michael Görtler

michael.goertler@oth-regensburg.de

Michael Görtler ist Professor für Theorien und Geschichte der Sozialen Arbeit an der Fakultät Angewandte Sozial- und Gesundheitswissenschaften der OTH Regensburg.



Foto: K. K.

Charlotte Palatzky, B.A.

palatzky@uni-hildesheim.de

Charlotte Palatzky ist freiberufliche Mitarbeiterin in der kulturellen und politischen Bildung.

Adult Political Education During the Crisis

A reflection

Abstract

Time and time again during the COVID-19 pandemic, there has been talk of the „crisis of democracy“ in society, politics and science. What is meant is a crisis in representation, which is regarded as a basic democratic principle. Real politics is conducted behind closed doors—and as quickly as possible—with the majority of citizens playing a passive role. Adult political education is responsible for discussing this crisis. However, it too has been in a crisis for a long time. In its heterogeneity, it is missing a fixed standpoint: The transitions to other areas of adult education, non-formal education and political education in schools as well as to other professions are fluid. In addition, there is no unified profile of professionalism in adult political education, no unified job description, no unified education, training or continuing education and also no unified didactics. Finally, there is a lack of steady funding for political education and the number of participants clearly lags behind than in other areas of continuing education. Thus there are plenty of points of departure for crisis management.

Impressum/Offenlegung



Magazin erwachsenenbildung.at

Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs
Gefördert aus Mitteln des BMBWF
erscheint 3 x jährlich online, mit Parallelausgabe im Druck
Online: <https://erwachsenenbildung.at/magazin>

Herstellung und Verlag der Druck-Version:
Books on Demand GmbH, Norderstedt

ISSN: 1993-6818 (Online)
ISSN: 2076-2879 (Druck)
ISSN-L: 1993-6818
ISBN: 9783755792864

Projektträger



CONEDU – Verein für Bildungsforschung und -medien
Keplerstraße 105/3/5
A-8020 Graz
ZVR-Zahl: 167333476

Medieninhaber



Bundesministerium
Bildung, Wissenschaft
und Forschung

Bundesministerium für Bildung,
Wissenschaft und Forschung
Minoritenplatz 5
A-1010 Wien



■ Bundesinstitut für erwachsenenbildung

Bundesinstitut für Erwachsenenbildung
Bürglstein 1-7
A-5360 St. Wolfgang

Herausgeber*innen der Ausgabe 46, 2022

Sonja Luksik MA (ÖGPB)
Dr. Stefan Vater (VÖV)

Herausgeber*innen des Magazin erwachsenenbildung.at

MinR Robert Kramreither (BMBWF)

Fachbeirat

Univ.-Prof.* Dr.* Elke Gruber (Universität Graz)
Dr. Lorenz Lassnigg (Institut für Höhere Studien)
Mag. Kurt Schmid (Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft)
Mag.* Julia Schindler (Universität Innsbruck)
Dr. Stefan Vater (Verband Österreichischer Volkshochschulen)
Mag. Lukas Wieselberg (ORF science.ORF.at und Ö1)

Redaktion

Mag.* Bianca Friesenbichler (Verein CONEDU)
Mag. Wilfried Frei (Verein CONEDU)

Fachlektorat

Mag.* Laura R. Rosinger (Textconsult)

Übersetzung

Übersetzungsbüro Mag.* Andrea Kraus

Satz

Mag.* Sabine Schnepfleitner (Verein CONEDU)

Design

Karin Klier (tür 3))) DESIGN)

Website

wukonig.com | Wukonig & Partner OEG

Medienlinie

„Magazin erwachsenenbildung.at – Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs“ (kurz: Meb) ist ein redaktionelles Medium mit Fachbeiträgen von AutorInnen aus Forschung und Praxis sowie aus Bildungsplanung, Bildungspolitik u. Interessensvertretungen. Es richtet sich an Personen, die in der Erwachsenenbildung und verwandten Feldern tätig sind, sowie an BildungsforscherInnen und Auszubildende. Das Meb fördert die Auseinandersetzung mit Erwachsenenbildung seitens Wissenschaft, Praxis und Bildungspolitik und spiegelt sie wider. Es unterstützt den Wissenstransfer zwischen aktueller Forschung, innovativer Projektlandschaft und variantenreicher Bildungspraxis. Jede Ausgabe widmet sich einem spezifischen Thema, das in einem Call for Papers dargelegt wird. Die von AutorInnen eingesendeten Beiträge werden dem Peer-Review eines Fachbeirats unterzogen. Redaktionelle Beiträge ergänzen die Ausgaben. Alle angenommenen Beiträge werden lektoriert und redaktionell für die Veröffentlichung aufbereitet. Namentlich ausgewiesene Inhalte entsprechen nicht zwingend der Meinung der HerausgeberInnen oder der Redaktion. Die HerausgeberInnen übernehmen keine Verantwortung für die Inhalte verlinkter Seiten und distanzieren sich insbesondere von rassistischen, sexistischen oder sonstwie diskriminierenden Äußerungen oder rechtswidrigen Inhalten solcher Quellen.

Alle Artikel und Ausgaben des Magazin erwachsenenbildung.at sind im PDF-Format unter <https://erwachsenenbildung.at/magazin> kostenlos verfügbar. Das Online-Magazin erscheint parallel auch in Druck (Print-on-Demand) sowie als E-Book.

Urheberrecht und Lizenzierung

Wenn nicht anders angegeben, erscheint die Online-Version des „Magazin erwachsenenbildung.at“ ab Ausgabe 28, 2016 unter der Creative Commons Lizenz CC BY 4.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>).



BenutzerInnen dürfen den Inhalt zu den folgenden Bedingungen verbreiten, verteilen, wiederveröffentlichen, bearbeiten, weiterentwickeln, mixen, kompilieren und auch monetarisieren (kommerziell nutzen):

- Namensnennung und Quellenverweis. Sie müssen den Namen des/der AutorIn nennen und die Quell-URL angeben.
- Angabe von Änderungen: Im Falle einer Bearbeitung müssen Sie die vorgenommenen Änderungen angeben.
- Nennung der Lizenzbedingungen inklusive Angabe des Links zur Lizenz. Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter die dieses Werk fällt, mitteilen.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt. Nähere Informationen unter www.creativecommons.at.

Im Falle der Wiederveröffentlichung oder Bereitstellung auf Ihrer Website senden Sie bitte die URL und/oder ein Belegexemplar elektronisch an magazin@erwachsenenbildung.at oder postalisch an die angegebene Kontaktadresse.

Kontakt und Hersteller

Magazin erwachsenenbildung.at
Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs
p. A. CONEDU – Verein für Bildungsforschung und -medien
Keplerstraße 105/3/5, A-8020 Graz
magazin@erwachsenenbildung.at